

Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen e.V.  
Der Vorstand



Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen

VaDiB e.V. | Postfach 10 07 05 | 28007 Bremen

An die Partei

VaDiB e.V.

Postfach 10 07 05  
28007 Bremen

(0421) 64 915 175

[info@vadib.de](mailto:info@vadib.de)

[www.vadib.de](http://www.vadib.de)

Bremen, 17.01.2019

## **Bürgerschaftswahl 2019; hier: Fragen zur Arbeitsmarktpolitik**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verbund arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen e.V. (VaDiB) beabsichtigt, mit den uns bekannten, zur Bürgerschaftswahl 2019 kandidierenden Parteien deren Positionen zur Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren. Diese Veranstaltung soll stattfinden am:

**Donnerstag, 14. März 2019, 18:00 – 20:00 Uhr, Konsul-Hackfeld-Haus**

Zur Vorbereitung der Diskussionsveranstaltung bitten wir Sie, den anhängenden Fragenkatalog zu beantworten. Wir wollen die Antworten vor der Veranstaltung in geeigneter Form veröffentlichen und sie zur Grundlage der Diskussion zur Bürgerschaftswahl 2019 machen.

Bitte schicken Sie Ihre Antworten bis spätestens zum 22. Februar 2019 an uns, damit wir Ihre Stellungnahme für eine Veröffentlichung berücksichtigen können. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Härtl  
Vorsitzender

Anlage: Fragenkatalog zur Bürgerschaftswahl 2019

.....

Vorstand:

Peter Härtl (Vorsitzender)  
Ute Hardt (Stellvertretende Vorsitzende)  
Nicole Nullmeyer (Stellvertretende Vorsitzende)

Bankverbindung:

Sparkasse Bremen  
IBAN DE50 2905 0101 0001 0407 24  
BIC SBREDE22XXX

Steuer:

Finanzamt Bremen  
Steuer-Nr. 60 143 07 190

Vereinsregister:

Amtsgericht Bremen  
VR 6610 HB

## Anlage: Fragenkatalog zur Bürgerschaftswahl 2019

*Fragen zur Arbeitsmarktpolitik*

1. Gesellschaftliche Teilhabe ist wesentliche Voraussetzung für eine stabile demokratische Gesellschaft. Wie wichtig ist für diese Teilhabe, dass Bürger\*innen über Beschäftigung in das Gemeinwesen eingebunden werden?
2. In Artikel 8 (1) der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen ist verankert: „Jeder hat die sittliche Pflicht zu arbeiten und ein Recht auf Arbeit.“ Verpflichtet die Landesverfassung damit insbesondere die in der Bürgerschaft vertretenden Parteien, dafür einzutreten, dass jeder Bürgerin und jedem Bürger dieses Landes eine Beschäftigungsmöglichkeit offensteht?
3. Optimistische Einschätzungen gehen davon aus, dass zunehmende Digitalisierung die Zahl der Arbeitsplätze unterm Strich nicht senken, wohl aber die gesamte Arbeitswelt verändern wird. Berufsbilder und Anforderungsprofile verändern sich. Wie kann dieser Prozess arbeitsmarktpolitisch begleitet werden?
4. Pessimistische Einschätzungen sehen perspektivisch aufgrund zunehmender Digitalisierung eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit auf uns zukommen. Ein großer Teil der arbeitslos gewordenen Menschen wird keine realistische Perspektive auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben. Wie wichtig ist es, der damit einhergehenden sozialen Spaltung und dem Ausschluss aus der Gesellschaft mit öffentlich geförderter Beschäftigung zu begegnen?
5. Strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden, ist insbesondere im Land Bremen als „Schlusslicht“ im Ländervergleich eine große politische Herausforderung. Welchen Beitrag sollte Weiterbildung zur Überwindung dieser Langzeitarbeitslosigkeit leisten und wie soll diese Weiterbildung finanziert werden?
6. Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer, Unternehmer aus Bremerhaven, hatte Mitte Dezember in einem Interview davon gesprochen, dass er hinsichtlich der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt selbst überrascht sei, „dass das so schnell geht.“ Nichtsdestotrotz wird es in den kommenden Jahren eine Herausforderung bleiben, Geflüchtete in den Arbeitsprozess zu integrieren. Welche Aufgaben und finanziellen Bedarfe leiten sich daraus für Weiterbildung und beschäftigungspolitische Maßnahmen ab?
7. Der Senat des Landes Bremen hat in der laufenden Legislaturperiode mit dem „Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm“ (BAP) verschiedene Maßnahmen finanziert, die Langzeitarbeitslose in Beschäftigung gebracht haben. Soll ein entsprechendes Programm in der kommenden Legislaturperiode fortgesetzt werden und welche Modifikation ergeben sich aus der Analyse der bisherigen Maßnahmen?